

aktuell



Faymann lädt zu Atom-Gipfel:
Aus für Atomstrom
ab 2015

Der europaweite Atomausstieg steht ganz oben auf der Agenda. Ebenso der Ausstieg aus Atomstromimporten. Bundeskanzler Werner Faymann und die SPÖ bereiten mit vollem Einsatz den Weg dafür. Bereits Anfang Juli lädt Faymann zu einem Anti-Atom-Gipfel. Gemeinsam mit NGOs und der Energiewirtschaft wird dabei beschlossen, wie sichergestellt werden kann, dass ab 2015 kein Atomstrom mehr importiert wird.

„SPÖ Aktuell“ hat eine große Leserinnen- und Leser-Befragung durchgeführt. Über das enorme Feedback waren wir selbst überrascht: Mehr als 16 Prozent unserer Leserschaft sandte den Online-Fragenbogen retour. Üblicherweise kommt bei Leserbefragungen nur ein Prozent davon zurück. Das zeigt, dass die Leser-Blatt-Bindung bei „SPÖ Aktuell“ ungewöhnlich hoch ist. Das freut uns sehr. Noch mehr freut uns, dass die Beurteilung der Qualität unseres Wochenmagazins durchwegs positiv ist. Mehr dazu auf den Seiten 6 und 7.

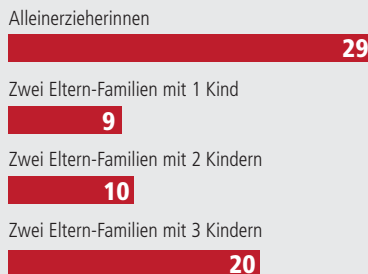
Eure Redaktion



Die SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung, Petra Bayr, stellt uns einen Kommentar zur Bedeutung der Frauen-Förderung bei der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung.

Ebenfalls auf Seite 14 informieren wir über einen auf der Homepage www.oe2020 exklusiv vorab zur Verfügung gestellten Buchbeitrag von Matthias Machnig zu einer Neugestaltung der Energiepolitik nach Fukushima.

Alleinerzieherinnen: Hohe Armutsgefährdung



Quelle: Studie des Sozialministeriums, Grafik: SPÖ

Alleinerzieherinnen akut armutsgefährdet

Knapp ein Drittel der rund 106.000 alleinerziehenden Mütter in Österreich ist akut armutsgefährdet, zeigt eine aktuelle Studie. Bei Familien mit zwei Eltern teilen ist das Armutsrisiko deutlich geringer, wobei es mit der Anzahl der Kinder – insbesondere ab dem 3. Kind – wieder steigt. Mehr dazu auf Seite 5. ♦



Zinner

Die FTS ist eine gerechte Antwort auf die Krise und könnte für eine nachhaltige Finanzierung der EU sorgen.

EU-Parlament fordert Finanztransaktionssteuer

Die Forderung nach Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer (FTS) wurde im EU-Parlament angenommen. „Das ist ein klares Zeichen, wie die Mehrheit in Europa – sowohl Bürger als auch ihre Volksvertreter – zur Finanztransaktionssteuer steht. Sie soll kommen“, bekräftigt Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. ♦



OTS/Formanek

SPÖ-EU-Abg. Jörg Leichtfried stellt fest: „Während Österreich im Herzen Europas liegt, steht Strache isoliert und verlassen am Rand.“

Strache längst im Abseits

SPÖ-EU-Delegationsleiter Jörg Leichtfried attestiert FPÖ-Chef Strache nicht zuletzt wegen seines gemeinsamen Auftritts mit der französischen Rechtspolitikerin Marine Le Pen einen Platz „im Abseits“. Die von den beiden Rechtspopulisten präsentierten Ideen zu Europa würden einmal mehr beweisen, dass sich Strache nur mehr mit den „Außenseitern Europas und dem ganz rechten Rand“ treffen kann. Die Forderung des FPÖ-Chefs, aus dem Euro auszusteigen, hält der SPÖ-Abgeordnete für eine schlechte Idee: „Österreich hat seit dem Beitritt zur Eurozone unglaubliche Erfolge erzielt.“ Die Währungsunion bringt Österreich z.B. im Schnitt jährlich 20.000 Arbeitsplätze. Der FPÖ-Chef will trotzdem raus aus dem Euro. Er traf sich im EU-Parlament in Straßburg mit Vertretern von europäischen Rechtsparteien, u.a. mit der Vorsitzenden der französischen Front National Le Pen. ♦

Zitat der Woche

„Ohne sozialen Ausgleich kann es auch keine Weiterentwicklung der Demokratie geben.“

Bundeskanzler Werner Faymann.

HB/Wenzel



Bundeskanzler Werner Faymann: Investitionen in grüne Technologien sichern Beschäftigung und Wohlstand.

World Economic Forum

Wachstum braucht verantwortungsvolle Energiepolitik

Bundeskanzler Werner Faymann nutzte das World Economic Forum, um Überzeugungsarbeit für nachhaltige Energiepolitik und ein Ende der Kernenergie zu leisten.

Rund 500 Gäste, darunter etwa 50 Staats- und Regierungschefs, Fachminister und Leiter internationaler Organisationen, haben sich in der Wiener Hofburg eingefunden, um die Beziehungen zwischen Europa und Zentralasien zu disku-

tieren. Bundeskanzler Werner Faymann betonte, dass verantwortungsvolle Energiepolitik „Grundvoraussetzung für nachhaltiges Wachstum“ sei. Grüne Technologien sind, so der Kanzler, eine „nachhaltige und machbare Alternative“ zur Atomenergie. ♦



Die Energiewende ist machbar

Wenn wir dem Atom-Unglück in Fukushima eine positive Seite abgewinnen können, dann ist es der Nachdenkprozess, der in ganz Europa eingesetzt hat. Dank dem Engagement von Bundeskanzler Werner Faymann geht Österreich mit gutem Beispiel in Europa voran.

Die Zwentendorf-Volksabstimmung Ende der siebziger Jahre gab den Takt vor: eine breite Mehrheit lehnt in Österreich die Energiegewinnung aus Atomkraft ab. In Wahrheit wird es immer schwieriger, AKW-Befürworter zu finden. Die europäischen Bürger sind schon weiter als so manche europäische Regierung. Selten konnten wir so viel unmittelbare Demokratie miterleben – in Deutschland, in der Schweiz, demnächst in Italien. Trotz der breiten Ablehnungsfront ist die Welt hierzulande alles andere als heil. Österreich ist von einer ganzen Reihe von AKW umzingelt.

Österreich ist in dieser Frage in Europa besonders glaubwürdig. Nicht nur, weil es hierzulande keine AKW gibt, sondern weil wir die entscheidenden nächsten Schritte machen wollen. Bundeskanzler Werner Faymann plant noch vor dem Sommer einen Anti-Atom-Gipfel. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner, NGOs und der Energiewirtschaft müssen wir die nächsten Schritte planen.

Wenn Werner Faymann in ganz Europa unterwegs ist, um einer Zukunft ohne Kernenergie das Wort zu reden, dann hat das Signalwirkung. Ein kleines Land wie Österreich kann im Schulterschluss mit allen Atomgegnern die EU wachrütteln. Beim Treffen der EU-Energieminister wurde auch über eine EU-Energie-Strategie bis 2050 beraten. Die Richtung aus unserer Sicht ist klar: Verstärkter Einsatz von erneuerbaren Energien, mehr Energieeffi-

zienz und ein klares Bekenntnis zum europaweiten Ausstieg aus der Kernkraft.

Die Bürger sind hier schon weiter als Teile ihrer Regierungen. Durch Mobilisie-



Bundeskanzler Werner Faymann plant noch vor dem Sommer einen Anti-Atom-Gipfel. Gemeinsam mit dem Koalitionspartner, NGOs und der Energiewirtschaft müssen wir die nächsten Schritte planen.

zung konnte Druck aufgebaut werden. Unlängst beschloss Deutschland den Atom-Ausstieg, und auch in der Schweiz einigte sich der Nationalrat diese Woche auf den Ausstieg. Technisch machbar ist das allemal: Grüne Technologien bieten eine nachhaltige und machbare Alterna-

„Ein europaweiter Atomausstieg kann für Österreich eine ganze Reihe positiver Nebeneffekte haben. Eine Chance, die wir jedenfalls nutzen müssen.“

tive zur Atomenergie. Jüngsten Studienergebnissen zufolge können im Jahr 2050 erneuerbare Energiequellen bis zu 77 Prozent des Weltenergiebedarfs decken. Die energiepolitische Wende hätte nicht nur positive Auswirkungen auf unsere Gesundheit.

Ein europaweiter Atomausstieg kann für Österreich eine ganze Reihe positiver Nebeneffekte haben. Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz erhöhen die Energiesicherheit, vor allem sorgen sie aber auch für mehr Beschäftigung und Arbeitsmarktchancen für tausende Arbeitnehmer. Jeder Euro, den wir hier einsetzen, rechnet sich doppelt und dreifach.

Die Energiewende ist machbar. Am leichtesten durch eine gemeinsame Kraftanstrengung. Österreich muss hier Vorreiter sein. Denn es handelt sich um eine Chance, die wir jedenfalls nutzen müssen. ♦

Ich freue mich über Diskussionsbeiträge zum Thema auf

www.facebook.com/laurarudas.at



ENERGIE

Anti-Atom-Gipfel Anfang Juli

Bei der Regierungsklausur Ende Mai wurde ein Importstopp für Atomenergie ab 2015 beschlossen. Ein wichtiger Schritt hierfür wird bei einem Regierungsgipfel Anfang Juli getan.



Zinner

Bundeskanzler Werner Faymann lädt NGOs und die Energiewirtschaft zum Anti-Atom-Gipfel. Das Ziel: Schluss mit Atomstrom-Importen ab 2015.

Im Papier, das die sieben auf der Regierungsklausur beschlossenen Arbeitspakete zusammenfasst, ist unter dem Punkt „Erneuerbare Energien/ Ökostromgesetz“ von einer Gesetzesnovelle die Rede, die „den effizienten und marktorientierten Ausbau Erneuerbarer Energien forciert und Österreich spätestens ab 2015 unabhängig von Atomstrom macht“. Umso dringender ist es daher, alle wichtigen Player ins Boot zu holen. Zu diesem

Zweck lädt Bundeskanzler Werner Faymann bereits Anfang Juli zu einem Anti-Atom-Gipfel. „Wir wollen dabei gemeinsam mit NGOs und der Energiewirtschaft endgültig beschließen, wie wir sicherstellen, dass wir bis 2015 keinen Atomstrom mehr importieren“, gibt Faymann das Ziel für den Gipfel vor. Derzeit deckt Österreich noch über sechs Prozent seines Energiebedarfs durch Atomstrom-Importe.

EU-weites Volksbegehren

Auch auf europäischer Ebene setzt Bundeskanzler Faymann sein Engagement für den EU-Atomausstieg fort. Gemeinsam mit den Sozialdemokratischen Parteien Europas will Bundeskanzler Faymann „NGOs dabei unterstützen, eine Bürgerinitiative vorzubereiten, die in ein europaweites Volksbegehren gegen die Atomkraft münden soll“. Auf diese Weise soll Umweltorganisationen die Möglichkeit gegeben werden, die Atom-Frage zum Wahlkampfthema zu machen. „Es soll keine Regierung mehr in Europa gewählt werden, die sich positiv für die Atomkraft ausspricht“, betont Faymann. In der EU werden die nötigen rechtlichen Schritte für die EU-weiten Volksbegehren ab Herbst gefasst, möglich werden sie ab April 2013. Die Stimmung für einen europaweiten Atom-Ausstieg ist unterdessen so gut wie nie zuvor. Deutschland, einer der größten AKW-Betreiber in ganz Europa, will sich im Jahr 2022 endgültig vom Atomstrom verabschieden. Und auch die Schweizer stellen ihre Uhren auf Atom-Ausstieg. 2034 soll das letzte eidgenössische Atomkraft vom Netz gehen. ♦

HINTERGRUND

Das sagen NGOs zum Anti-Atom-Gipfel:



„Erstmals ist Aufbruchstimmung in Österreichs Energiepolitik spürbar. Gerne nehmen wir die Einladung der Bundesregierung zu einem Anti-Atom-Gipfel gemeinsam mit der Energiewirtschaft an.“



„Wenn Österreich aus dem Geschäft mit Atomstrom aussteigt, ist dies eine wirksame Maßnahme gegen Atomkraftwerke wie Temelin, Bohunice oder Mochovce und ein beispielhafter Schritt, der für andere EU-Staaten wie Deutschland den Weg in eine atomstromfreie europäische Zukunft vorgibt.“

Anti Atom Komitee „Dass Österreich atomstromfrei wird, ist eine Grundvoraussetzung für eine glaubhafte österreichische Anti-Atom-Politik.“

FAMILIE

Alleinerzieherinnen hoch armutsgefährdet

Jede achte Frau mit Kindern unter 15 Jahren ist in Österreich alleinerziehend. Diese Frauen sind überdurchschnittlich oft armutsgefährdet, zeigt eine neue Studie. Berufstätigkeit ja oder nein – das ist dabei oft entscheidend.

Fotolia



Ob finanziell besser oder schlechter abgesichert: Den hohen Stressfaktor haben alle Alleinerzieherinnen gemeinsam.

Bis zu 148.000 Kinder bis 15 Jahre leben allein mit ihrer Mutter, das sind immerhin 13 Prozent dieser Altersgruppe. Und ein Drittel der rund 106.000 alleinerziehenden Mütter ist dem Armutsrisiko ausgesetzt, das heißt, ihr Einkommen beträgt nicht mehr als 60 Prozent des Medianeinkommens. Im Auftrag des Sozialministeriums haben zwei Soziologinnen die Situation von alleinerziehenden Frauen in Österreich untersucht. Und eines wird in der Studie sehr deutlich: Entscheidend für die Existenzsicherung ist die Erwerbstätigkeit.

Erwerbstätigkeit gegen Armutsrisiko

So sind erwerbstätige Alleinerzieherinnen nur zu 19 Prozent armutsgefährdet (der Durchschnitt bei der Gesamtbevölkerung

ist 12 Prozent), alleinerziehende Mütter ohne Job sind aber zu 49 Prozent davon betroffen. Armutsrisiko bedeutet auch, dass man im Alltag, bei den täglichen Bedürfnissen wie Essen, Kleidung, aber auch Freizeit stark eingeschränkt ist. So kann sich z.B. die Hälfte der Alleinerzieherinnen eine Woche Urlaub im Jahr nicht leisten (unter Zwei-Eltern-Haushalten betrifft das 27 Prozent). Um über die Runden zu kommen, sind alleinerziehende Mütter deshalb auch viel häufiger berufstätig als Mütter mit Partner.

Kinderbetreuung und Pflegeurlaub

Der Zugang zur Erwerbstätigkeit und Einrichtungen, die Beruf und Kinder vereinbar machen, sind deshalb zentrale Handlungsfelder für die Politik, so die Studienleiterin-

INFO

Alleinerzieherinnen in Österreich

- ▶ Insgesamt gibt es 114.400 alleinerziehende Eltern in Österreich, rund 106.000 (92 Prozent) davon sind Frauen, 8.700 Väter sind alleinerziehend.
- ▶ Alleinerzieherinnen sind häufiger und mehr berufstätig als Frauen in Zwei-Eltern-Familien. So arbeiten 40 Prozent der Alleinerzieherinnen Vollzeit, aber nur 29 Prozent der Frauen in Partnerschaft.
- ▶ Es gibt 20.000 alleinerziehende Migrantinnen; sie sind seltener erwerbstätig und häufiger arbeitslos. Wenn sie einen Job haben, arbeiten sie aber häufiger Vollzeit.
- ▶ Alleinerzieherinnen sind durch finanzielle Einschränkungen im Alltag stärker betroffen. Nur 42 Prozent spüren diese Einschränkungen nicht, bei Zwei-Eltern-Familien sind das 70 Prozent.

nen Ulrike Zartler und Martina Beham. Dazu gehören der flächendeckende Ausbau der (Klein-)Kinderbetreuung und Ganztagschulen ebenso wie eine Absicherung der Kinderbetreuung im Krankheitsfall. Sozialminister Rudolf Hundstorfer will deshalb auch, dass der getrennt lebende Elternteil sowie Patchworkeltern im selben Haushalt ebenfalls Pflegeurlaub nehmen können, wenn das Kind krank wird. Darüber verhandeln die Sozialpartner schon länger, Hundstorfer appelliert, hier rasch zu einem Ergebnis zu kommen.

Da Erwerbstätigkeit der Schlüssel zur Existenzsicherung ist, wie die Studie auch belegt, investiert die Regierung besonders in Aus- und Weiterbildung. Auch der gerade beschlossene weitere Ausbau der Kinderbetreuung und die Mindestsicherung helfen Alleinerzieherinnen, so Frauenministerin Heinisch-Hosek. Und sie bekräftigte ihre Forderung, dass in allen Branchen künftig ein Mindestlohn von 1.300 Euro gelten soll. ♦

UMFRAGE

So denken die Leser

„SPÖ Aktuell“ rief zur großen Online-Umfrage unter den Abonnentinnen und Abonnenten und erhielt mehr als 1.000 Antworten. Das überwältigende, positive Echo freut uns und spornt uns an, in Zukunft ein noch spannenderes Heft zu produzieren.



Lehmann

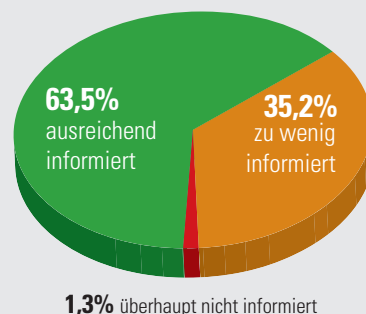
Gut informiert und am Puls der Zeit: Die Leserinnen und Leser sind mit „SPÖ Aktuell“ hoch zufrieden.

Zuletzt wollte die Redaktion von „SPÖ Aktuell“ im Herbst 2000 die Meinung der Leserinnen und Leser über das Magazin wissen. Höchste Zeit also, im Jahr 2011 wieder einmal nachzufragen. Wer sind eigentlich unsere Leser? Welche Rubriken lesen sie gerne, welche wünschen sie sich zusätzlich? Sind sie mit „SPÖ Aktuell“ und der Informationsarbeit der Bundes-SPÖ ganz allgemein zufrieden?

Wir fragten im Mai per Online-Umfrage nach und erhielten viel mehr Rückantworten, als wir erhofft hatten. Unter allen Abonnenten, die wir per Mail erreichen konnten, antworteten über 1.000 Personen, das sind ganze 17 Prozent – ein exzellenter Wert für eine Leserbefragung.

Gleich vorweg: Die Leserinnen und Leser von „SPÖ Aktuell“ sind mit großer Mehrheit hoch zufrieden mit unserem Wo-

Über politische Themen fühle ich mich von der SPÖ derzeit



Quelle & Grafik: SPÖ, n = 1015

chenmagazin und mit ebenso großer Mehrheit mit der internen Kommunikation der SPÖ insgesamt. SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas zeigt sich über das Ergebnis der Umfrage erfreut: „Das ist eine tolle Bestätigung für die Arbeit, die hier in der Löwelstraße geleistet wird. Wir wissen nun auch, was wir weiter verbessern müssen, und werden das mit vollem Elan tun.“

Wer liest „SPÖ Aktuell“ – und warum?

Fast 90 Prozent der „Aktuell“-Leser sind SPÖ-Mitglieder, zu rund 70 Prozent ehrenamtlich für die Partei tätig, die

über „SPÖ Aktuell“

Ich lese „SPÖ Aktuell...“

weil ich SozialdemokratIn bin und mich über die Positionen der SPÖ auf dem Laufenden halten will

83,2%

weil die SPÖ-Positionen anders als in anderen Medien unverfälscht wiedergegeben werden

40%

weil die Artikel relevant für meine politische Arbeit vor Ort sind

34,6%

weil ich das Heft zugesandt bekomme

22%

nicht

1,6%

Quelle & Grafik: SPÖ, n = 1015

Positionen unverfälscht wiedergegeben werden. Knapp 35 Prozent der Befragten geben an, dass die Inhalte relevant für ihre politische Arbeit vor Ort sind. Zwei Drittel lesen „SPÖ Aktuell“ Woche für Woche, und das mehrheitlich zwischen zehn und 20 Minuten lang.

Was wird gelesen – und was fehlt?

Die einzelnen Rubriken im Heft, von den allgemeinen Politik-Seiten bis zum Kommentar, werden überwiegend mit den Schulnoten 1 und 2 bewertet. Am wichtigsten sind unseren Lesern die sozialdemokratischen Positionen, Argumente für die politische Diskussion, ausführliche Hintergrundberichte und politische Fakten. Was sie von „SPÖ Aktuell“ nicht erwarten: Unterhaltung (siehe Grafik).

Wir wollten wissen, wie sich die Leser über ein Sachthema informieren wollen. Die Antwort: über ausführliche Hintergrundberichte. 70 Prozent der Leser wünschen sich mehr Hintergrundinfos, Zahlen und Fakten. Beides, Hintergrundinfos und -berichte, soll es in „SPÖ Aktuell“ zukünftig verstärkt geben.

Auf die Frage, was in unserem Magazin keinesfalls fehlen sollte, antworteten knapp 80 Prozent, sie wünschten sich Pro/Contra-Stimmen zu einzelnen Themen. Auch dieses Ergebnis wollen wir ab sofort berücksichtigen. Keinen starken Bedarf sehen die

Über ein politisches Sachthema informiere ich mich am liebsten durch ...

Ausführlichen Hintergrundbericht

83,2%

Kurzen Artikel

50,2%

Interview mit Experten

43,2%

Interview mit politischem Entscheidungsträger

32,6%

Kommentar

25,4%

Quelle & Grafik: SPÖ, n = 1015

Hälfte davon in Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern. Wenig überraschend ist, dass rund 80 Prozent zwischen 40 und 70 Jahre alt sind. Überraschend hingegen der „Männerüberhang“: „SPÖ Aktuell“ hat nur knapp 20 Prozent Leserinnen. Ein Viertel der Befragten hatte unser Magazin bereits 1992 im Abo, als es brandneu war und noch „Freitag aktuell“ hieß.

83 Prozent der „SPÖ Aktuell“-Leser wollen sich über die Positionen der SPÖ auf dem Laufenden halten. 40 Prozent sagen, dass sie das Heft lesen, weil hier die SPÖ-

In einer SPÖ-Zeitung ist mir am wichtigsten

Sozialdemokratische Positionen

81,0% 16,9% 1,6% 0,5%

Argumente für die politische Diskussion

73,0% 22,6% 3,7% 0,7%

Politische Fakten

68,60% 28,5% 2,2% 0,8%

Ausführliche Hintergrundberichte

61,1% 32,0% 6,1% 0,8%

Auseinandersetzung mit politischem Gegner

42,1% 39,3% 17,2% 1,4%

sehr wichtig eher wichtig

eher unwichtig unwichtig

Möglichkeiten zum Meinungsaustausch

28,1% 45,0% 24,4% 2,5%

Information über Partei-Aktivitäten und Veranstaltungen

28,40% 47,4% 22,0% 2,3%

Service

24,9% 50,7% 21,3% 3,1%

Unterhaltung

4,20% 22,8% 46,9% 26,1%

Quelle & Grafik: SPÖ, n = 1015

„Aktuell“-Leser für Service-Teile wie Plakate oder Flugblätter.

Die Medien der SPÖ und ihre Nutzung

Die internen Kommunikationskanäle der SPÖ sind unseren Lesern bekannt und werden gut angenommen. Dies gilt nicht nur für „SPÖ Aktuell“, sondern auch für das Mitglieder magazin „Österreich Magazin“, die Webseite www.spoe.at und die Informationen, die die SPÖ per Mail verbreitet. Ganz allgemein gefragt, ob sich die Leser von der SPÖ ausreichend über politische Themen informiert fühlen, antworten 63,5 Prozent mit „Ja“. Diese Frage wurde übrigens gleichlautend bei der eingangs erwähnten Umfrage im Jahr 2000 gestellt. Damals fühlten sich nur 39 Prozent ausreichend informiert. Die stark gestiegene Zustimmung nehmen wir als Vertrauensvorschuss unserer Leserinnen und Leser, mit dem wir sehr sorgsam umgehen werden und für den sich die Redaktion an dieser Stelle sehr herzlich bedanken möchte. ♦

WEBTIPP

Alle Detail-Ergebnisse der großen „SPÖ Aktuell“-Umfrage werden noch im Juni unter www.spoe.at zum Download bereitstehen.

KÄRNTEN

Ortstafel-Lösung wird Gesetz

Mit dem Gesetzesbeschluss im Ministerrat wurde ein wesentlicher und historischer Schritt zur Ortstafellösung gesetzt.



Schon ab Herbst könnten alle neuen Ortstafeln in den Kärntner Ortschaften stehen.

Es war eine lange Diskussion, die nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages 1955 begonnen und nun durch konstruktive Zusammenarbeit zu einer guten Lösung geführt hat“, sagte Bundeskanzler Werner Faymann nach der Ministerratssitzung, in welcher

der Beschluss zur Ortstafellösung besiegelt wurde. Maßgeblich beteiligt am Erfolg waren das Verhandlungsteam rund um Staatssekretär Josef Ostermayer, der Kärntner Landeshauptmann Gerhard Dörfler und die Vertreter der Verbände der slowenischen Volksgruppe in Kärnten. Oster-

mayer zeigt sich erfreut, dass „der Ministerrat jenes Paket beschlossen hat, das neben den zweisprachigen Tafeln in 164 Kärntner Ortschaften unter anderem auch die Amtssprache sowie die Förderungen für zweisprachige Privat- und Gemeindekindergärten, Musikschulen und Kulturprojekte beinhaltet. Damit konnte nicht nur ein Kapitel aus der Vergangenheit geschlossen, sondern der Blick nun in Richtung Zukunft gerichtet werden.“ Das vom Ministerrat abgesegnete Gesetz wird nun im Nationalrat an den dortigen Verfassungsausschuss zugewiesen und dort noch vor der Sommerpause beschlossen werden. Nachdem der Bundesrat und der Bundespräsident ihren Sanktus gegeben haben, geht Ostermayer von einer Rechtswirksamkeit „wahrscheinlich in der ersten Augustwoche“ aus. Dann haben die örtlichen Politiker die Verpflichtung die Ortstafeln umgehend aufzustellen. Bis zum Herbst könnten dann alle 164 zweisprachigen Ortstafeln stehen. „Gemeinsam mit allen konstruktiven Kräften haben wir eine gute Lösung gefunden“, zeigt sich der Bundeskanzler erfreut. ♦

FINANZEN

Millionäre sollen Beitrag leisten

Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert, dass Vermögende einen größeren Beitrag leisten.

Die Ergebnisse des aktuellen „Global Wealth Reports“ zeigen einen rasanten Anstieg der Millionäre in Österreich auf. „Reichtum, Vermögen und Grundbesitz sind nicht nur einseitig verteilt, die Kluft zwischen Arm und Reich vergrößert sich Jahr für Jahr“, gibt Kräuter zu bedenken und fordert, dass Vermögende einen größeren Beitrag zur Stabilität des Staatshaushaltes leisten sollten. Bei derzeit 37.000 heimischen Dollar-millionären, davon rund 300 mit einem Vermögen von mehr als 100 Millionen Dollar, befindet sich Österreich weltweit an fünfter Stelle. Eine höhere Millionärsdichte gibt es nur noch in ölreichen Scheichtümern.

Gesellschaftspolitische Balance im Interesse aller

Würde man die vermögensbezogenen Steuern von derzeit 1,4 Prozent auf die EU-durchschnittlichen 5,4 Prozent erhöhen, würden jährlich vier Mrd. Euro mehr zur Verfügung stehen. Dieser Betrag kann dann für Investitionen in Bildung und Gesundheit genutzt werden und so zur Entlastung der Leistungsträger beitragen. „Daher sollte ein Grundkonsens für mehr Gerechtigkeit in Verteilungsfragen und eine höhere Besteuerung der Millionenvermögen in Österreich möglich sein“, betont Kräuter. Stabilität und sichere Rahmenbedingungen tragen zu sozialem Frie-

den und gesellschaftspolitischer Balance bei und das kommt allen Österreicherinnen und Österreichern zugute, egal wie groß ihr Vermögen ist. ♦



Zimmer

Kräuter: Sozialer Frieden kommt allen Österreicherinnen und Österreichern zugute.

Krimi

Auf Treu und Glauben

Der Sommer in Venedig gibt sich ein Stelldichein und Commissario Brunetti muss bei brütender Hitze seinen neunzehnten Fall lösen.

Wieder einmal lässt uns Donna Leon auf 315 spannenden Seiten am Leben des Commissario Brunetti teilhaben. Der hat in seinem neunzehnten Fall eigentlich nur ein Ziel – den wohlverdienten Urlaub in Südtirol. Doch bevor es so weit ist und er der Hitze der Lagunenstadt gen kühlere Gefilde entfliehen kann, kommt es wie so oft anders als geplant. Der Commissario befindet sich schon im Zug, doch bevor dieser abfahren kann, verhindert ein Mordfall

seinen Urlaubsbeginn. Die Ermittlungen führen den hitzegeplagten Brunetti kreuz und quer durch Venedig und zeigen ein Bild der Stadt abseits der uns bekannten, ausgetretenen Pfade.

Donna Leon hat mit ihrem neuesten Werk in der Brunetti-Reihe einen überaus atmosphärischen Roman vorgelegt, bei dem Venedig wieder die Kulisse für politisch und gesellschaftlich brisante und vor allem aktuelle Themen ist. ♦

Wissenschaft

Das Ende des Ölzeitalters als Chance

Hänggi stellt in „Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance“ die Frage nach dem menschlichen Verhältnis zur Energie.

Wie kann eine Gesellschaft mit weniger Energie und alternativen Energieformen auskommen? Diese Problemstellung versucht Hänggi in seinem Werk zu beantworten. Er hinterfragt den Konsens, nach dem sauber produzierte Energie als unproblematisch gilt. Viel mehr müsse man an den gesellschaftlichen Grundsätzen rütteln. Statt höher, schneller, weiter, mehr, wäre eine freiere Gesellschaft denkbar, in der Menschen weniger Energie konsumieren, dafür aber an Zeit und Raum gewinnen.

Macht man die Energiefrage nur an CO₂-Bilanzen, Vor- und Nachteilen von Sonne, Wind oder Atom fest, verpasse man die Chance zu einem Umdenken. Energie prägt laut Hänggi die Art und Weise, wie wir Nahrung produzieren, wie wir uns fortbewegen und wie die Macht in Politik und Wirtschaft verfasst ist. Nur ein grundlegender Wandel in dieser Frage könne den Klimawandel stoppen, so Hänggi. Das Wissen wäre bereits vorhanden, die Frage sei nun, ob es auch eingesetzt wird. ♦

Ratgeber

Was wir sind und was wir sein könnten

Gerald Hüther liefert uns mit „Was wir sind und was wir sein könnten“ einen neurobiologischen Mutmacher, der uns dazu auffordert alte Gewohnheiten aufzugeben.

„Kreativität und Begeisterung statt Leistungsdruck und Stress“, das möchte Hüther uns in seinem Ratgeber näherbringen. Der Neurobiologe möchte uns zum Umdenken bewegen, denn unser Gehirn wird geprägt von Dingen, die wir mit Begeisterung tun, so jüngste Entdeckungen in der Hirnforschung.

In unserer heutigen Gesellschaft, in der Burn-Out und Depressionen fast schon epidemische Ausmaße erreicht haben, ist

es laut Hüther notwendig, dass wir davon abrücken, nur unsere Ressourcen zu nützen und dazu übergehen, stattdessen unser Potenzial zu erkennen, zu entfalten und uns weiterzuentwickeln.

Nicht nur die positive Grundstimmung zeichnet dieses Buch aus, die wissenschaftliche Thematik wird hier so erklärt, dass es auch ein Laie verstehen und die neuesten Erkenntnisse für sich selbst nutzen kann. ♦

 Stk.


Donna Leon:
Auf Treu und Glauben.
Diogenes Verlag, Zürich 2011;
315 S., 23,60 €

 Stk.


Marcel Hänggi:
Ausgepowert. Das Ende des Ölzeitalters als Chance.
Rotpunktverlag, Zürich 2011;
364 S., 28,80 €

 Stk.


Gerald Hüther:
Was wir sind und was wir sein könnten.
S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2011;
189 S., 19,50 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



aktuell

FUßBALL

FC Nationalrat: Kleines Team mit großem Herz

Zum 39. Mal fand in der Schweiz das Internationale Parlamentarier-Fußballturnier statt. 14 österreichische Abgeordnete spielten unter Teamkapitän, NR-Abgeordnetem Hermann Krist um den begehrten Turniersieg.



Trotz kampfbetonten Einsatzes und einem „herausragenden Rudi Plessl“ (O-Ton Hermann Krist) verlor Österreich gegen die Schweiz mit 2:6.

An Motivation und Vorbereitung hat es nicht gemangelt, als die Hobbyfußballer unter den Nationalratsabgeordneten nach Neuchâtel in die Schweiz reisten. „Es freut mich, eine gut vorbereitete und topmotivierte Mannschaft präsentieren zu können. Wir werden uns

bemühen, wieder einen Sieg nach Hause zu bringen“, sagte SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist kurz vor der Abreise. Mit 14 Spielern, u.a. mit den SPÖ-Abgeordneten Rudolf Plessl und Hubert Kuzdas, war die österreichische Auswahl im Vergleich zu den anderen Teams relativ klein, einige Fans unterstützten die topmotivierten Sportler zusätzlich vor Ort. Um den Titel kämpften neben Österreich noch Deutschland, Finnland und die Schweiz. Rund 100 Parlamentarier und Parlamentsmitarbeiter nehmen in der Regel an diesem Turnier teil, das seit 1971 ausgetragen wird. Bisher ging Österreich bei 38 Turnieren zehn Mal als Sieger hervor, so etwa bei der Erstauflage in der Schweiz. Zuletzt reichte es in Linz zum dritten Platz.

Österreich auf dem Stockerl

Trotz körperbetonten Einsatzes und unbändigen Kampfgeistes reichte es auch heuer nicht zum Sieg. Nach einem Auftaktsieg gegen die Finnen – immerhin der Turnierfavorit – setzte es gegen die



Teamkapitän und SPÖ-Sportsprecher Hermann Krist beim Anpfiff mit seinem Schweizer Kollegen.

Schweiz und gegen Deutschland zwei Niederlagen. Verletzungsbedingte Ausfälle und ein Ausschluss bereiteten Kapitän Krist Sorgen. Letztlich konnten sich die österreichischen Abgeordneten aber zum vierten Mal hintereinander über den dritten Platz freuen.

GESUNDHEIT

Radfeld auf dem Weg zur „Gesündesten Gemeinde Tirols“

Nationalratsabgeordneter Josef Auer startete in seiner Heimatgemeinde Radfeld ein umfassendes Gesundheitsprogramm.

Der SPÖ-Abgeordnete wurde bei der letzten Gemeinderatswahl zum Bürgermeister der Unterinntaler Gemeinde gewählt. Seither setzt sich Auer verstärkt für Gemeinschaftsprojekte ein. So hat das neue, ärztlich unterstützte Gesundheitsprojekt „RadfeldKommMit“ (RKM) das Ziel, Radfeld zur gesündesten Gemeinde Tirols zu machen. Im Mai wurden Fragebögen zur Qualität des Zusammenlebens an alle wahlberechtigten

Bürgerinnen und Bürger ausgeschickt. Faktoren wie Bildung, Wohlbefinden und Sicherheit wurden abgefragt, denn all diese Faktoren tragen letztlich zur Gesundheit eines jeden Einzelnen bei. „Mein größtes Anliegen ist es, langfristig zu motivieren und Begeisterung zum Mitmachen zu erzeugen“, sagt Auer.

NR-Abgeordneter Josef Auer, Bürgermeister der Gemeinde Radfeld, setzt auf Gesundheitsvorsorge.



Gattinger



JUSTIZ

Neue Chance auf Reformen

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim erwartet nach der Neubesetzung des Justizressorts einen Aufbruch – bei der Umsetzung von SPÖ-Forderungen wie der Reform des „Mafia-Paragrafen“ muss endlich etwas weitergehen.

Wir können es uns nicht nochmals leisten, ein Verfahren – wie gegen die Tierschützer – so durchzuführen, dass wir uns in ganz Europa zu einer Lachnummer machen“, betonte SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim bei einer Pressekonferenz. Er fordert, dass der sogenannte „Mafia-Paragraf“ endlich reformiert wird. Für dieses und andere dringende Vorhaben sicherte Jarolim der neuen Justizministerin Karl seine volle Unterstützung zu. So habe der Tierschützer-Prozess einmal mehr die unzureichenden Regelungen für Entschädigungszahlungen offenbart. Häufig reichen diese nicht einmal, um die Rechtsanwaltskosten abzudecken, geschweige denn, „um auch nur annähernd eine entsprechende Gerechtigkeit wiederherzustellen“, sagte Jarolim, der auch eine Entschädigung etwa bei Verlust des Arbeitsplatzes fordert.



SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim will die Schief-lagen in der österreichischen Justiz beseitigen.

Kein Platz für Parteipolitik

Grundsätzlichen Handlungsbedarf sieht der Justizsprecher bei der Gesetzgebung. Er

schlägt die Einrichtung eines Grundrechtsexpertenrates vor, der dem Parlament zugeordnet ist, und der noch vor Beschlussfassung die verfassungsrechtliche Konformität von Gesetzen prüft. Erneut sprach sich Jarolim auch für eine unabhängige Bundesstaatsanwaltschaft aus, die vom Parlament gewählt wird und nicht mehr dem Weisungsrecht der Justizministerin untersteht. Das soll dafür sorgen, dass „in Verfahren nicht der Eindruck entstehen kann, es würden parteipolitische Überlegungen eine Rolle spielen.“ Außerdem sei eine personelle Aufstockung und bessere Ausbildung der Staatsanwaltschaft dringend notwendig. Ein neues Lobbyistengesetz möchte der Justizsprecher in einer baldigen parlamentarischen Enquete unter Einbindung von Experten diskutieren. ♦

FAMILIENPOLITIK

Leistungen für Familien nachhaltig gesichert

Der Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) weist seit Jahren hohe Defizite auf. Die Bundesregierung will die Finanzierung des FLAF daher auf neue Beine stellen.

Aus der Beantwortung einer aktuellen parlamentarischen Anfrage von SPÖ-Abgeordnetem Franz Riepl geht hervor, dass der FLAF Ende 2010 ein Defizit von 3,8 Mrd. Euro aufwies. Riepl begrüßt es daher, dass die Regierung bei ihrer Klausur am Semmering beschlossen hat, den FLAF zu evaluieren und Konzepte für dessen Finanzierung zu erstellen. Wichtig ist, dass mit der Regierungseinigung die Familienleistungen nachhaltig gesichert sind, betont SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. Derzeit wird der FLAF aus Beiträgen von unselbständig Erwerbstätigen gespeist. Künftig soll die Beitragsgrundlage verbreitert werden. ♦



Begsteiger

Die SPÖ will, dass die Schief-lage bei der Finanzierung des FLAF behoben wird.

TOURISMUS

Menschen und ihr Know-how im Betrieb halten

Die Tourismusbranche ist ein Schlüsselfaktor für die österreichische Wirtschaft. SPÖ-Tourismussprecherin Heidrun Silhavy fordert eine längere Beschäftigungsdauer für Menschen in Tourismusbetrieben.

Bedauerlicherweise ist die Fluktuation in den Betrieben sehr hoch und die durchschnittliche Verweildauer der Beschäftigten in der Höhe von sieben Monaten recht gering“, so SPÖ-Tourismussprecherin Heidrun Silhavy zum Tourismusbericht 2010. Silhavy schlägt daher vor,



HBE

die Beschäftigungsdauer in den Betrieben zu verlängern, um die Menschen und ihr Know-how länger in den Betrieben zu halten. Außerdem soll die Arbeitsplatzqualität gehoben und die Bezahlung verbessert werden, forderte Silhavy im Tourismusausschuss. ♦

SPÖ-Tourismussprecherin Heidrun Silhavy fordert bessere Bedingungen für Beschäftigte in der Tourismusbranche.

WIEN

Donauinselfest lockt mit vielen Highlights



SPÖ Wien

Beim diesjährigen Donauinselfest (24. bis 26. Juni) werden wieder Millionen Besucher erwartet.



Das größte Open-Air-Festival Europas bei freiem Eintritt geht heuer in die 28. Runde. Ein buntes Programm mit unzähligen Highlights verspricht jede Menge Abwechslung, Spaß und Unterhaltung für Jung und Alt.

In diesem Sommer geht es wieder heiß her auf der Donauinsel. Den Organisatoren ist es gelungen, ein echtes Star-Angebot aufzufahren. Dabei dürfte für jeden Geschmack etwas dabei sein. Los geht es am Freitag, den 24. Juni 2011 u.a. mit den Chartstürmern Sido, Train und den Söh-

nen Mannheims. Alle Hip-Hop-Begeisterten kommen ebenfalls am Freitag auf ihre Kosten, wenn die Delinquent Habits mit Life Band und Roots Manuva die Bühne rocken.

Von „Gloria“ bis „Kreisky“

Ein besonderes Highlight erwartet alle Fans des Italo-Rockers Umberto Tozzi, der am Samstag Hits wie „Ti Amo“ und „Gloria“ zum Besten gibt. Danach erklimmen die NITS („In the Dutch Mountains“) die größte Open-Air-Bühne Österreichs. Für Urlaubsstimmung sorgt im Anschluss Pe-

ter Cornelius („Reif für die Insel“). Den „Final Countdown“ läutet am Samstag die schwedische Band Europe ein. Für gute Stimmung sorgen am Sonntag, den 26. Juni, heimische Künstler wie die Alternative-Band Kreisky und Österreichs Eurovision-Song-Contest-Teilnehmerin Nadine Beiler. Fans der Schlagermusik kommen an allen drei Tagen auf ihre Kosten, wenn Musikgrößen wie Andy Borg, Die Paldauer oder Andreas Gabalier ihren Auftritt haben. Neben viel Musik bietet das diesjährige Donauinselfest außerdem mit einem erweiterten Sport- und Familienprogramm jede Menge Abwechslung. ♦

INFO

Freitag, 24. 6: Sido, Söhne Mannheims, Delinquent Habits, Roots Manuva, Andy Borg, Elisabeth Engstler, Barnes & Heatcliff, Lukas Resetarits

Samstag, 25. 6: Umberto Tozzi, Nits, Peter Cornelius & Band, Europe, Andreas Gabalier, Die Paldauer, Elvis Jackson, Russkaja, Luttenberger*Klug

Sonntag, 26. 6: Kreisky, Ich + Ich, Milow, Nadine Beiler & Sold My Soul, Die Edlseer, Markus Wolfahrt, Die Aufgeiger, Sonique, Wiener Linien Blues Band

Das komplette Programm finden Sie unter www.donauinselfest.at.

SJ

We know where we come from – we know where we are going



Vom 25. bis 31. Juli haben junge Sozialistinnen und Sozialisten Gelegenheit, über Fragen der Zeit zu diskutieren und eine Menge Spaß zu haben.

Das von der IUSY (International Union of Socialist Youth) und der Sozialistischen Jugend Österreichs organisierte Festival findet im Europacamp in Weißenbach am Attersee statt. Es steht heuer unter dem Motto „We know where we come from – we know where we are going“ und wird

in Gedenken an Bruno Kreisky abgehalten. Bundeskanzler Werner Faymann und der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel sind als Redner angekündigt. Weiteres Highlight werden Gespräche mit Jugendlichen aus den betroffenen Regionen über die Revolutionen in Nordafrika und dem Mittleren Osten sein.

Informationen zu der Veranstaltung gibt es unter www.iusyworldfestival.org. ♦

Die Sozialistische Jugend Österreich bittet um Unterstützung zur Finanzierung des Festivals: Konto-Nr. 392400, BLZ 49460.



NIEDERÖSTERREICH

Einkaufen in Niederösterreich wird teurer



Die Einkommen steigen nicht im gleichen Maße wie die Inflation. Eine gute Gegenmaßnahme wäre ein Teuerungsausgleich.

„Aus konsumentenpolitischer Sicht wäre ein Teuerungsausgleich einzufordern. Dieser Ausgleich soll in Form einer Senkung der Lohnnebenkosten allen Einkommensbezieherinnen und -bezieher zugute kommen. Die Finanzierung soll aus einer fairen Vermögensbesteuerung durchgeführt werden“, fordert SPÖ Niederösterreich-Chef Sepp Leitner bei einem Pressegespräch zur Teuerung bei Lebensmitteln. Das Preisniveau des NÖ-Mikrowarenkorbs, der ausschließlich Nahrungsmittel enthält und den täglichen Einkauf präsentieren soll, stieg nämlich im April um 8,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. So sind die Preise von Mehl um 51 Prozent, von Butter um 36 Prozent, von Semmelbrösel um 31 Prozent, von Pflanzenöl um 27 Prozent und

von Kristallzucker um 18 Prozent angestiegen. Einige Lebensmittel wurden aber auch billiger: So sanken beispielsweise die Preise für Tafel-Essig um 17 Prozent, für Fischstäbchen um rund 15 Prozent, für Teigwaren um rund 13 Prozent und für eine Stange Extrawurst um rund 8 Prozent. Für einen 30-Euro-Einkaufskorb bekommt man jetzt um fast 3 Euro weniger Ware als noch vor einem Jahr.

Preisentwicklung und Einkaufsverhalten am Beispiel einer NÖ Familie

Um den Anstieg des Preisniveaus zu verdeutlichen wurde jetzt vom niederösterreichischen Konsumentenschutzreferent LHStv. Sepp Leitner ein Projekt ge-



LH-Stv. Sepp Leitner begleitet eine Familie bei ihren monatlichen Einkäufen.

startet. Ein Jahr lang wird eine durchschnittliche niederösterreichische Familie bei ihren monatlichen Einkäufen begleitet und die Preise dokumentiert. Abseits der hohen Steigerungen am Lebensmittelsektor, sind auch überdurchschnittliche Preissteigerungen bei Treibstoffen, Heizöl, Mieten und Wohnungen zu beobachten. ♦

KÄRNTEN

50.000 Unterschriften gegen AKW Krsko



Mit 50.000 gesammelten Unterschriften haben Arbeiterkammer und ÖGB Kärnten ein starkes Signal zur Krsko-Schließung gesetzt.

Für Gesundheitsreferenten, LH-Stv. Peter Kaiser ist klar: „Die Bundesregierung muss alles unternehmen, um sowohl Slowenien als auch Kroatien, das zur Hälfte Eigentümer von Krsko ist, zur Schließung des Reaktors zu bewegen.“ Die 50.000 Unterschriften, die die Mitglieder der Arbeiterkammer und des ÖGB gesammelt haben, sind ein starkes Signal für die Schließung von Krsko, das in unmittelbarer Nähe zu Kärnten auf einer Erdbebenlinie gebaut wurde. Staatssekretär Ostermayer sicherte zu, die Unterschriften umgehend an Bundeskanzler Werner Faymann weiterzuleiten und betonte,

dass die unsichere Atomenergie „sicher keine Zukunft“ haben werde. ♦



Kärntens SPÖ-Chef Kaiser überreicht Staatssekretär Ostermayer gemeinsam mit AK-Präsident Goach und ÖGB-Vorsitzenden Lipitsch 50.000 Unterschriften gegen das AKW Krsko.

BURGENLAND

Burgenländerinnen wissen mehr



Mit der Kampagne der SPÖ Frauen „Wir Burgenländerinnen wissen mehr“ soll der bildungspolitische Diskurs angeregt werden.

„Bildung ist Zukunft. Nur wenn Frauen Bescheid wissen - über ihre Rechte, Ansprüche und Möglichkeiten - dann können sie ihr Leben selbstbestimmt in die Hand nehmen“, sagte Landesrätin Verena Dunst. Bei Info- und Diskussionsabenden finden sowohl Maturantinnen als auch Wiedereinsteigerinnen Rat. Diese Veranstaltungsreihe setzt aber nicht nur auf Wissensvermittlung, sondern will auch die Diskussion über die Zukunft des Bildungssystems anregen. Unter www.wirwissenmehr.at finden sich unter anderem Informationen zu Angeboten und Terminen. ♦



SPÖ Bgld.

Landesrätin Verena Dunst (z.v.r.) unterwegs mit dem Bildungsbus, einer mobilen Beratungseinrichtung für Frauen.



Schedl

Entwicklungspolitik ist Frauenpolitik!

Frauen in Entwicklungsländern haben wesentlich seltener bezahlte Arbeit als Männer. Unter den absolut armen Menschen auf der Erde sind die Frauen weit in der Mehrzahl.

„Obwohl es die Frauen sind, die weltweit überwiegend die Lebensmittel produzieren, sind auch gleichzeitig sie es, die am meisten Hunger leiden.“

Frauen weisen höhere AnalphabetInnenraten auf, sie sind – mit wenigen Ausnahmen beispielsweise in Ruanda – in politischen Gremien deutlich unterrepräsentiert, sind nicht in wirtschaftliche Entscheidungsstrukturen eingebunden und haben schlechteren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie dem Gesundheitssystem, Schulen oder Universitäten.

Obwohl es die Frauen sind, die weltweit überwiegend die Lebensmittel produzieren, sind auch gleichzeitig sie es, die am meisten Hunger leiden.

Mittlerweile weisen mehr Frauen als Männer Neuinfektionen mit HIV auf – aufgrund ihrer familiären, sozialen und ökonomischen Situation können Frauen unerwünschten Geschlechtsverkehr oft nicht zurückweisen. Mädchen und Frauen werden genital verstümmelt, gegen ihren Willen verheiratet, ins Ausland verschleppt und sexuell missbraucht oder versklavt.

Frauen fehlen materiellen Ressourcen, sie verfügen seltener über Konten oder technische Hilfsmittel als Männer – lediglich bei der Vergabe von Mikrokrediten werden sie bevorzugt, weil sich erwiesen hat, dass Frauen Geld so investieren, dass die gesamte Gemeinschaft etwas von ihrer Tätigkeit hat und sie Kreditraten wesentlich zuverlässiger zurückzahlen, als Männer das tun.



picturedesk

Gute und effektive Entwicklungszusammenarbeit muss bei der Förderung von Frauen ansetzen.

Frauen stehen oft vor unüberwindlichen Hürden wenn es um den Zugang zu Recht und Justiz geht, sie sind als erste und am schlimmsten von Naturkatastrophen betroffen und oft geht die darauf folgende Hilfe an ihren Bedürfnissen schlichtweg vorbei. Gerade nach Katastrophen oder während kriegerischen Auseinandersetzungen sind Frauen massiv von Gewalt betroffen, die oft strategisch eingesetzt wird.

Diese Fakten zeigen, dass wir Frauen – als meist die Schwächsten in sich entwickelnden Gesellschaften – mit unserer Politik empowern, fördern und die dementsprechenden politischen Rahmenbedingungen schaffen müssen. Andernfalls wird keine grundle-

gende und zukunftsfähige Entwicklung dieser Länder möglich sein. Die Erhöhung der bilateralen Entwicklungsgelder im Jahr 2015 in einem wesentlich kleineren Ausmaß, als sie zuvor gekürzt worden sind, wird an der tristen Situation der Frauen dieser Welt allerdings wohl keine maßgebliche Änderung bringen. ♦

Petra Bayr ist SPÖ-Sprecherin für Umwelt und globale Entwicklung (petra.bayr@spoe.at). Der vorliegende Kommentar wurde gekürzt und ist unter www.oe2020.at in voller Länge abrufbar. Mehr Infos zum Thema unter: www.petrabayr.at.

Als Follow-up der Veranstaltung mit Matthias Machnig zu „Ökologie als Ökonomie des 21. Jahrhunderts“ veröffentlichen wir von diesem einen Buchbeitrag exklusiv vorab auf www.oe2020.at. Er schlägt konkrete Maßnahmen der Energiepolitik nach Fukushima vor. Das „Thema des Monats“ über Atom-

ausstieg und Energiewende in Europa auf www.oe2020.at steht nur noch wenige Tage für Postings und Beiträge offen. Letzter Aufruf zum Mitmachen! Als erfolgreicher Weg, Veranstaltungen online zu verfolgen und nach deren Ende nachzusehen, erweisen sich die Videostreams auf www.oe2020.at.

Aktuell gibt es Videos der Diskussionen zu den Themen Ökologie und Ökonomie sowie zum Thema Sport. Neue Wege der Kunst beschritt „Österreich 2020“ mit Ministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Sie lud im Burgenland Schülerinnen zur Ausstellung „Living in a Box“ von Künstlerin Christina Heinz ein. ♦

TERMINKALENDER

Mittwoch, 15. 6.

Künstlergespräch: „Culture in a global world. Where does the money go?“

Die Österreichische Gesellschaft für Kulturpolitik in Kooperation mit dem Burgtheater und ImPuls lädt zu einem Künstlergespräch über das Thema: „Culture in a global world. Where does the money go?“. Anschließend gibt es die Performance „This door is too small (for a bear)“. Diskutiert wird mit Grace Ellen Barkey, Maarten Seghers, Christel Simons, Wolfgang Kralicek und Karl Regensburger. Die Performance und das Künstlergespräch sind auf Englisch.

Beginn: 20.00 Uhr
Kasino am Schwarzenbergplatz,
Schwarzenbergplatz 1,
1010 Wien

Donnerstag, 16. 6.

Podiumsdiskussion: Frauen in der Wirtschaft. Frauen in Auf- sichtsräten, Quotenregelungen?

Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde lange Zeit ausschließlich als Problem von Frauen thematisiert und wird jetzt im öffentlichen Diskurs zunehmend zu einem zentralen Thema. Struktureller Wandel der Arbeitswelt (Deregulierung von Beschäftigungsverhältnissen, Entgrenzung von Arbeit) und kultureller Wandel führen dazu, dass das Gleichgewicht von Arbeit und Leben zu einer immer schwierigeren Herausforderung wird, die beide Geschlechter betrifft und

auch eine Resonanz für Unternehmen hat. Diskutiert wird mit Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Judith Havasi und Silvia Hruska-Frank.

Beginn: 18.00 Uhr
Republikanischer Club,
Rockhgasse 1,
1010 Wien

Donnerstag, 16. 6.



Vernissage: Robert Hammerstiel; Holzschnitte für Vrsac.

Als Arbeiter im Stahlwerk in Tarnitz studierte Robert Hammerstiel in ÖGB-Kunstkursen bei Robert Schmitt und August Swoboda. Hammerstiels Kunst ist geprägt von der Anteilnahme am Schicksal der Menschen. Es werden Holzschnitte des international renommierten Künstlers – Ausstellungen im Künstlerhaus und Leopold-Museum in Wien, in Berlin, Paris, New York – aus den Zyklen „Braunschweiger Totentanz“, „Galerie der Maler“, „Abendländische Philosophen“, „Winterreise“, „Neues Testament“ sowie Arbeiten für Werschetz/Vrsac gezeigt.

Beginn: 18.00
Renner-Institut,
Khleslplatz 12,
1120 Wien

Mittwoch 6. 7. bis Freitag 8. 7.

21. internationale Sommerakade- mie: „Ostjuden – Geschichte und Mythos“

Die Sommerakademie will sich dem Thema Ostjuden aus mehreren Perspektiven nähern: Eine Perspektive führt in den Osten, zu den jüdischen Gemeinden Galiziens, zu den Shtetln und den politischen und wirtschaftlichen Lebensgrundlagen. Zweitens wird man sich mit den Ostjuden im Westen auseinandersetzen: mit Wien und New York, mit Migration und Kulturtransfer, aber auch mit den Daheimgebliebenen und Zurückgekehrten, mit Zionismus und dem Traum von einer „besseren jüdischen Welt“.

Beginn:
Mittwoch bis Freitag jeweils 9.30 Uhr
Erste Bank,
Petersplatz 7, 1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber:
SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18,
Chefredakteur: Mag. Thomas
Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler,
Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel,
Mag^a Alexandra Hopf, Mag^a Birgit Jung, Philipp Lindner,
Sabine Pitterle, Mag. Peter Prantl, Mag^a Sophia
Schönecker, Michael Sifkovits, Andreas Strobl,
Susanne Vockenhuber,
Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann,
Coverfoto: Johannes Zinner
Bildbearbeitung: Max Stohanzl,
Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275
Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels &
Verlags Gmbh, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97
Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt,
E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at
Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 23 Euro

NET NEWS

www.facebook.com/laura.rudas

Dialog im Web 2.0: Laura Rudas auf Facebook

Fast 5.000 Freunde hat Laura Rudas auf Facebook bereits. Der Facebook-Auftritt der SPÖ-Bundesgeschäftsführerin zeigt eindrucksvoll, wie die Überschneidung von erfolgreicher Politik mit aktivem Diskurs im Web 2.0 funktioniert.

Auf www.facebook.com/laura.rudas nimmt die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin zu aktuellen und wichtigen politischen Fragen Stellung und diskutiert mit Interessierten.

Aber auch die zahlreichen Fotos (die SPÖ-Bundesgeschäftsführerin bei Anti-Atom-Veranstaltungen, im Kampf gegen die Armut oder im Einsatz für Frauenrechte) zeigen, wie Laura Rudas Politik versteht: als Engagement rund um die Uhr und als permanenten Dialog mit den Menschen.

Das alles und mehr gibt es unter
www.facebook.com/laura.rudas ♦





Eine Nacht lang

... war der Schönerbrunn Schlosspark von Musik erfüllt. Bundeskanzler Werner Faymann besuchte gemeinsam mit Gattin Martina (im Bild u.a. mit Kardinal Schönborn und Vizekanzler Spindelegger) das Sommernachtskonzert.



Großen Andrang

... gab es vor kurzem in der Demokratiewerkstatt im Parlament. Dort war Sozialminister Rudolf Hundstorfer zu Gast und stand Schülerinnen und Schülern eines niederösterreichischen Gymnasiums Rede und Antwort.



Vor den Vorhang I

... holte Bildungsministerin Claudia Schmied (im Bild mit einer ausgezeichneten Schulklasse) insgesamt 13 Vorzeige-Schulprojekte gegen Gewalt, die mit dem „Fairness Award 2011“ prämiert wurden.

Vor den Vorhang II

... holte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek (im Bild u.a. mit Dohnal-Preisträgerinnen, NR-Präsidentin Prammer sowie SPÖ-Bundesgeschäftsführer Kräuter) junge Wissenschaftlerinnen, die für ihre Arbeit an feministischen Themen mit dem Johanna-Dohnal-Preis ausgezeichnet wurden.

